

SELBSTAUSKUNFT UND ERKLÄRUNG

Belehrung: Nach § 51 Bundeszentralregistergesetz darf sich eine Bewerberin oder ein Bewerber als unbestraft bezeichnen und braucht den einer Verurteilung zugrundeliegenden Sachverhalt nicht zu offenbaren, wenn die Verurteilung nicht in ein Führungszeugnis oder nur in ein solches für Behörden aufzunehmen oder im Zentralregister zu tilgen ist.

Name, Vorname: Geburtsdatum:

Selbstauskunft über anhängige Straf- oder Ermittlungsverfahren

Ich erkläre hiermit wahrheitsgemäß und vollständig, dass gegen mich

- keine
 folgende*:
.....

gerichtlichen Straf- bzw. staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren anhängig sind.

Sofern während des laufenden Bewerbungsverfahrens bis zu einer evtl. Zulassung ein gerichtliches Straf- oder staatsanwaltschaftliches Ermittlungsverfahren gegen mich eingeleitet wird, bin ich verpflichtet, die für die Zulassung zum berufsbegleitenden Vorbereitungsdienst zuständige Stelle des Landesinstituts Brandenburg für Schule und Lehrkräftebildung (Referat 14 – Sachgebiet 2 Vorbereitungsdienst – LAK) umgehend davon zu unterrichten; andernfalls kann dies die Rücknahme des Zulassungsangebotes oder die Rücknahme der Zulassung zum Vorbereitungsdienst zur Folge haben.

Selbstauskunft zu Verurteilungen und Vorstrafen

Ich erkläre hiermit wahrheitsgemäß und vollständig, dass ich

- nicht vorbestraft oder sonst verurteilt bin.
 wie folgt vorbestraft oder sonst verurteilt bin*:
.....
.....

Selbstauskunft zu Beschäftigungsverhältnissen bzw. Arbeitgebern mit extremistischen Bestrebungen

Ich erkläre hiermit wahrheitsgemäß und vollständig, dass ich

- kein Beschäftigungsverhältnis bei Arbeitgebern mit extremistischen Bestrebungen hatte/habe.
 folgende Beschäftigungsverhältnisse mit Arbeitgebern, die extremistische Bestrebungen haben bzw. vom Verfassungsschutz als extremistisch eingestuft sind, hatte/habe* (Im Zweifelsfall geben Sie diese bitte an.):

Name: Anschrift:

Name: Anschrift:

.....
Datum, Unterschrift

* ggf. gesondertes Blatt verwenden